

Berlin, den 23.05.2013

EINLADUNG

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur **öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Grünanlagen**

- am** Donnerstag, dem 30.05.2013
um **19:00 Uhr**
im Haus 6, Raum 227, Bezirksamt Pankow von Berlin, 10400 Berlin,
Fröbelstraße 17

ein.

TAGESORDNUNG

NICHTÖFFENTLICHER TEIL

Gemeinsame nicht-öffentliche Sitzung mit dem Ausschuss für Finanzen, Personal und Immobilien ab 19.00 Uhr

- 1 Sachstand und weiteres Vorgehen zur Wohnanlage an der Belforter Straße

ÖFFENTLICHER TEIL

ab ca. 19.45 Uhr (nur Ausschuss für Stadtentwicklung und Grünanlagen)

- 2 Protokollkontrolle vom 14. April 2013 und 16. Mai 2013
- 3 Zwischenbericht Bestandskulissen Soziales Erhaltungsrecht
- 4 Bebauungsplan 3-45 b: Pappelallee 40, Kita-Standort, Aufstellung
- 5 Bebauungsplan XIX-48b: Französisch Buchholz, Dr.-Markus-Straße, Ergebnis und Abwägung der öffentlichen Auslegung und Beteiligung Träger öffentliche Belange
- 6 Bericht aus dem Bezirksamt
- 7 Drucksachen der BVV
- 7.1 Mauerpark - Stadtleben statt Betongold und Baufilz - Drucksache: VII-0377
- 7.2 Sicherung eines demokratischen und transparenten Planungsprozesses für die Entwicklung des Areals Thälmannpark/ Fröbelstraße - Drucksache: VII-0382

- 7.3 Marthashof für Alle - Drucksache: VII-0423
- 7.4 Umlegbare Poller am Anfang der Grüntaler Straße nahe dem „Nassen Dreieck“ -
Drucksache: VII-0424
- 8 Sonstiges

Mit freundlichen Grüßen

gez. Roland Schröder
Ausschussvorsitzender

1.29



**Drucksache
der
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin**

VII-0377**Antrag**

Linksfraction

Ursprungsdrucksachenart: Antrag,
Ursprungsinitiator: Linksfraction

Beratungsfolge:

06.03.2013 BVV

BVV/013/VII

Betreff: Mauerpark - Stadtleben statt Betongold und Baufilz**Die BVV möge beschließen:**

1. Die BVV Pankow erklärt die vom Investor Klaus Groth vorgelegten Pläne für die Bebauung der ehemaligen Bahnflächen nördlich des Gleimtunnels für vollkommen inakzeptabel.
2. Die BVV erwartet vom Bezirksamt Pankow, dass es entsprechend der Beschlusslage im B-Plan-Verfahren I-64 als Träger öffentlicher Belange und Grundstücksnachbar die Interessen des Bezirks insbesondere hinsichtlich der Sicherung des uneingeschränkten Betriebs der Jugendfarm Moritzhof, des Kinderspielplatzes und des Kletterfelsens im nördlichen Mauerpark mit Nachdruck und kompromisslos zu Geltung bringt.
3. Die BVV ersucht das Bezirksamt, auf Grundstücken des Bezirks keinerlei dingliche Rechte zugunsten der Realisierung dieses Bauvorhabens einzuräumen und das Geh-, Fahr- und Leitungsrecht auch für die Deutsche Bahn nicht zu erweitern.
4. Die BVV fordert den Senat auf, den „Mauerpark-Vertrag“ aus dem Jahre 2012 zu kündigen und die Entwicklung der Gesamtfläche von der Bernauer Straße bis zur Swinemünder Brücke in eigener Verantwortung und in einem breiten öffentlichen Dialog durchzuführen.
5. Die BVV versichert allen Anwohnern des Brunnenviertels und des Gleimviertels ihre Solidarität und Unterstützung im Kampf gegen die stadtzerstörerischen Pläne der Bebauung am nördlichen Mauerpark.

Berlin, den 26.02.2013

Einreicher: Linksfraction
gez. BV Dr. Michail Nelken

Begründung siehe Rückseite

Siehe 2. Ausfertigung

Ergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ EINSTIMMIG
_____ MEHRHEITLICH
_____ JA
_____ NEIN
_____ ENTHALTUNGEN

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ zusätzlich in den Ausschuss für
_____ und in den Ausschuss für

Begründung:

Die Vorstellung der Pläne der Groth Gruppe zur Bebauung der ehemaligen Bahnflächen nördlich des Gleimtunnels hat einen breiten Aufschrei des Entsetzens ausgelöst.

Obgleich der Investor damit nur den Inhalt des im vergangenen Sommer abgeschlossenen Mauerpark-Vertrages zwischen dem Land Berlin und der CA Immo AG einerseits und das Ergebnis des Städtebaulichen Wettbewerbs in die Grobplanung eines Bauvorhaben andererseits umgesetzt hat, ist nunmehr auch dem letzten wohlwollenden Unterstützer einer Bebauung der Nordfläche deutlich geworden, was hier für ein städtebaulicher Schaden droht. Gleichwohl der BVV Pankow hinsichtlich dieses Vorhabens keinerlei Zuständigkeit zufällt, wollen die Bezirksverordneten des unmittelbar angrenzenden Nachbarbezirks dennoch klar und deutlich bekunden, dass sie das vorgestellte Vorhaben grundsätzlich ablehnen. Damit kommen sie ihrer Verantwortung als Vertreter der Pankower Bürger nach.

Die BVV bekräftigt, dass sie vom Bezirksamt eine konsequente Verfolgung der bezirklichen Interessen im B-Plan-Verfahren erwartet. Die Pläne nehmen keinerlei Rücksicht auf die im nördlichen Mauerpark angesiedelten Einrichtungen des Bezirks Pankow. Die Baukörper sollen so dicht wie baurechtlich zulässig an diese herangerückt werden. Damit sind Nutzungskonflikte zwischen der Jugendfarm und auch dem Kletterfelsen einerseits und den Eigentümern der neuen, nahegelegenen, hochwertigen neuen Wohnungen andererseits vorprogrammiert. Der Investor hat gar die Idee einer Verlegung der Jugendfarm geäußert. Die östliche Wegeerschließung der neuen Wohnblocks wird direkt auf die Grundstücksgrenze zum Mauerpark gelegt. Alle Wohnblocks sollen mit Tiefgaragen unterbaut und der gesamte motorisierte Bewohnerverkehr soll zusammen mit dem Lieferverkehr über die Gleimstraße abgewickelt werden.

Sofern der Vorhabenträger an den Bezirk Pankow herantritt, um zur Realisierung seines Vorhabens (z.B. Erschließung oder Baulasten/Abstandsflächen) dingliche Rechte auf Grundstücken des Bezirks Pankow eingeräumt zu bekommen, ist dies abzulehnen. Bereits im Rahmen der Vertragsverhandlung im Sommer 2012 hatte die CA Immo AG das Anliegen, ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht nördlich des Moritzhofes bzw. des Kletterfelsens eingeräumt zu bekommen. Im Vertrag fand dies keine Aufnahme, aber das Interesse dürfte nach wie vor virulent sein. Angesichts der Nähe der geplanten hohen und massiven Baukörper könnten diesbezüglich noch weitere Ansinnen des Investors auf den Bezirk zukommen. Dem wird hiermit eine deutliche Absage erteilt. Das Grundübel dieser fatalen Entwicklung wurzelt nicht in den Entscheidungen der Bezirkspolitiker des Bezirks Mitte und auch nicht in den immobilienwirtschaftlichen Verwertungsplänen von Klaus Groth sondern in der seit 20 Jahren andauernden Weigerung des Senats von Berlin, seiner Verantwortung aus den Ergebnissen der Freiraumplanung des Wettbewerbs zum Olympiastandort Jahnsporthaus (1993) und der Beschlussfassung zum Flächennutzungsplan (1994) gerecht zu werden. Der Senat von Berlin muss endlich konsequent handeln. Der Mauerpark ist eine Angelegenheit von gesamtstädtischer Bedeutung.

Die Bezirksverordneten von Pankow haben bei ihrem seit Jahren anhaltenden Engagement für einen großen Mauerpark und gegen eine Bebauung nicht nur die Interessen der Bürger des Prenzlauer Bergs im Blick. Die Interessen der Anwohner aus dem Brunnenviertel haben für sie den gleichen Stellenwert. Maßnahmen zu deren Lasten sind für die BVV Pankow ebenso inakzeptabel.

1.29



Drucksache
der
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

VII-0377

Antrag

Linksfraktion und Piratenfraktion

Ursprungsdrucksachenart: Antrag,
Ursprungsinitiator: Linksfraktion

Beratungsfolge:

06.03.2013 BVV

BVV/013/VII

Betreff: Mauerpark - Stadtleben statt Betongold und Baufilz

Die BVV möge beschließen:

1. Die BVV Pankow erklärt die vom Investor Klaus Groth vorgelegten Pläne für die Bebauung der ehemaligen Bahnflächen nördlich des Gleimtunnels für vollkommen inakzeptabel.
2. Die BVV erwartet vom Bezirksamt Pankow, dass es entsprechend der Beschlusslage im B-Plan-Verfahren I-64 als Träger öffentlicher Belange und Grundstücksnachbar die Interessen des Bezirks insbesondere hinsichtlich der Sicherung des uneingeschränkten Betriebs der Jugendfarm Moritzhof, des Kinderspielplatzes und des Kletterfelsens im nördlichen Mauerpark mit Nachdruck und kompromisslos zu Geltung bringt.
3. Die BVV ersucht das Bezirksamt, auf Grundstücken des Bezirks keinerlei dingliche Rechte zugunsten der Realisierung dieses Bauvorhabens einzuräumen und das Geh-, Fahr- und Leitungsrecht auch für die Deutsche Bahn nicht zu erweitern.
4. Die BVV fordert den Senat auf, den „Mauerpark-Vertrag“ aus dem Jahre 2012 zu kündigen und die Entwicklung der Gesamtfläche von der Bernauer Straße bis zur Swinemünder Brücke in eigener Verantwortung und in einem breiten öffentlichen Dialog durchzuführen.
5. Die BVV versichert allen Anwohnern des Brunnenviertels und des Gleimviertels ihre Solidarität und Unterstützung im Kampf gegen die stadterstörerischen Pläne der Bebauung am nördlichen Mauerpark.

Berlin, den 05.03.2013

Einreicher: Linksfraktion und Piratenfraktion
gez. BV Dr. Michail Nelken, Linksfraktion
gez. Jan Schrecker, Piratenfraktion

Begründung siehe Rückseite

<u>Ergebnis:</u> <input type="checkbox"/> beschlossen <input type="checkbox"/> beschlossen mit Änderung <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgezogen	<u>Abstimmungsverhalten:</u> <input type="checkbox"/> EINSTIMMIG <input checked="" type="checkbox"/> MEHRHEITLICH <input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN <input type="checkbox"/> ENTHALTUNGEN	
<input checked="" type="checkbox"/> überwiesen in den Ausschuss für zusätzlich in den Ausschuss für und in den Ausschuss für	<u>Ausschuss für Stadtentwicklung und Grünanlagen</u> <hr/> <hr/>	federführend

Begründung:

Die Vorstellung der Pläne der Groth Gruppe zur Bebauung der ehemaligen Bahnflächen nördlich des Gleimtunnels hat einen breiten Aufschrei des Entsetzens ausgelöst. Obgleich der Investor damit nur den Inhalt des im vergangenen Sommer abgeschlossenen Mauerpark-Vertrages zwischen dem Land Berlin und der CA Immo AG einerseits und das Ergebnis des Städtebaulichen Wettbewerbs in die Grobplanung eines Bauvorhaben andererseits umgesetzt hat, ist nunmehr auch dem letzten wohlwollenden Unterstützer einer Bebauung der Nordfläche deutlich geworden, was hier für ein städtebaulicher Schaden droht. Gleichwohl der BVV Pankow hinsichtlich dieses Vorhabens keinerlei Zuständigkeit zufällt, wollen die Bezirksverordneten des unmittelbar angrenzenden Nachbarbezirks dennoch klar und deutlich bekunden, dass sie das vorgestellte Vorhaben grundsätzlich ablehnen. Damit kommen sie ihrer Verantwortung als Vertreter der Pankower Bürger nach.

Die BVV bekräftigt, dass sie vom Bezirksamt eine konsequente Verfolgung der bezirklichen Interessen im B-Plan-Verfahren erwartet. Die Pläne nehmen keinerlei Rücksicht auf die im nördlichen Mauerpark angesiedelten Einrichtungen des Bezirks Pankow. Die Baukörper sollen so dicht wie baurechtlich zulässig an diese herangerückt werden. Damit sind Nutzungskonflikte zwischen der Jugendfarm und auch dem Kletterfelsen einerseits und den Eigentümern der neuen, nahegelegenen, hochwertigen neuen Wohnungen andererseits vorprogrammiert. Der Investor hat gar die Idee einer Verlegung der Jugendfarm geäußert. Die östliche Wegeerschließung der neuen Wohnblocks wird direkt auf die Grundstücksgrenze zum Mauerpark gelegt. Alle Wohnblocks sollen mit Tiefgaragen unterbaut und der gesamte motorisierte Bewohnerverkehr soll zusammen mit dem Lieferverkehr über die Gleimstraße abgewickelt werden.

Sofern der Vorhabenträger an den Bezirk Pankow herantritt, um zur Realisierung seines Vorhabens (z.B. Erschließung oder Baulasten/Abstandsflächen) dingliche Rechte auf Grundstücken des Bezirks Pankow eingeräumt zu bekommen, ist dies abzulehnen. Bereits im Rahmen der Vertragsverhandlung im Sommer 2012 hatte die CA Immo AG das Anliegen, ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht nördlich des Moritzhofes bzw. des Kletterfelsens eingeräumt zu bekommen. Im Vertrag fand dies keine Aufnahme, aber das Interesse dürfte nach wie vor virulent sein. Angesichts der Nähe der geplanten hohen und massiven Baukörper könnten diesbezüglich noch weitere Ansinnen des Investors auf den Bezirk zukommen. Dem wird hiermit eine deutliche Absage erteilt. Das Grundübel dieser fatalen Entwicklung wurzelt nicht in den Entscheidungen der Bezirkspolitiker des Bezirks Mitte und auch nicht in den immobilienwirtschaftlichen Verwertungsplänen von Klaus Groth sondern in der seit 20 Jahren andauernden Weigerung des Senats von Berlin, seiner Verantwortung aus den Ergebnissen der Freiraumplanung des Wettbewerbs zum Olympiastandort Jahnsporthaus (1993) und der Beschlussfassung zum Flächennutzungsplan (1994) gerecht zu werden. Der Senat von Berlin muss endlich konsequent handeln. Der Mauerpark ist eine Angelegenheit von gesamtstädtischer Bedeutung.

Die Bezirksverordneten von Pankow haben bei ihrem seit Jahren anhaltenden Engagement für einen großen Mauerpark und gegen eine Bebauung nicht nur die Interessen der Bürger des Prenzlauer Bergs im Blick. Die Interessen der Anwohner aus dem Brunnenviertel haben für sie den gleichen Stellenwert. Maßnahmen zu deren Lasten sind für die BVV Pankow ebenso inakzeptabel.

1.34



**Drucksache
der
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin**

VII-0382**Antrag**

Linksfraktion

Ursprungsdrucksachenart: Antrag,
Ursprungsinitiator: Linksfraktion

Beratungsfolge:

06.03.2013 BVV

BVV/013/VII

**Betreff: Sicherung eines demokratischen und transparenten Planungsprozesses
für die Entwicklung des Areals Thälmannpark/ Fröbelstraße**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht,

1. alles Erforderliche zu unternehmen, um bindende Bescheide, Genehmigungen, Zusagen gegenüber Grundstückseigentümern, Investoren, Immobilienentwicklern und gegenüber anderen Stellen zu vermeiden, die eine ergebnisoffene, demokratische Meinungs- und Willensbildung der BVV und der Bürgerschaft über die zukünftige städtebauliche Gestaltung des Areals Thälmannpark/Fröbelstraße determinieren, einschränken bzw. gänzlich ad absurdum führen;
2. beim Vorliegen unbestreitbarer Ansprüche auf baurechtliche Bescheide das Gespräch mit den Antragstellern zu suchen, um sie einvernehmlich zu einer Mitwirkung an der Gesamtkonzeptentwicklung für das Areal zu bewegen;
3. kurzfristig einen Aufstellungsbeschluss für einen B-Plan für das Gesamtareal zu initiieren, in dem die Fortführung der Bestandsnutzungen zunächst als erstes grobes Planungsziel und die Konkretisierung als Aufgabe des Planungsprozesses formuliert wird.

Berlin, den 26.02.2013

Einreicher: Linksfraktion
gez. BV Dr. Michail Nelken

Begründung siehe Rückseite

Ergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____	EINSTIMMIG
x	MEHRHEITLICH
_____	JA
einige	NEIN
_____	ENTHALTUNGEN

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
zusätzlich in den Ausschuss für
und in den Ausschuss für

_____ Ausschuss für Stadtentwicklung und Grünanlagen

federführend

Begründung:

Die BVV hat durch Beschluss am 28.03.2012 das Bezirksamt ersucht, ein „Integriertes Entwicklungskonzept für das Gebiet Thälmann-Park/ Fröbelstraße“ unter Beteiligung der Öffentlichkeit zu entwickeln. Das Bezirksamt hat Anfang 2013 einen Auftrag zur Erarbeitung einer „Vorbereitenden Untersuchung / INSEK“ für das Areal Thälmannpark/Fröbelstraße erteilt.

Das Bezirksamt hatte am 18. Oktober 2012 im Ausschuss für Stadtentwicklung auf Nachfrage erklärt, dass es keine Bauvorbescheide für dieses Areal erteilen würde. Die Konzeptentwicklung unter breiter Beteiligung der Bürger würde die Grundlage für die weitere bauliche Entwicklung bilden. Tatsächlich hat das Bezirksamt aber einen verbindlichen Bauvorbescheid für ein Neubauvorhaben im Planungsgebiet erteilt. Zudem hat das Bezirksamt eingeräumt, dass es bereits Gespräche mit Investoren über vorhabenbezogene B-Pläne im nordöstlichen Bereich des Areals führe, obgleich es dafür keine abgestimmte stadtplanerische Konzeption als Basis gibt. Außerdem hat das Bezirksamt Flächen aus dem Plangebiet als Wohnbaupotenzialflächen für den StEP Wohnen angemeldet.

Somit schafft das Bezirksamt offensichtlich bereits Tatsachen, die den angekündigten ergebnisoffenen Planungsprozess zum Gebiet Thälmannpark/Fröbelstraße nicht nur zum Bürgerbeteiligungsplacebo zu degradieren drohen, sondern auch die originären Rechte der BVV bei der Entwicklung städtebaulicher Planungskonzepte unterlaufen. Der Aufstellungsbeschluss über einen B-Plan ist erforderlich, um die rechtlichen Grundlagen für eine Zurückstellung von Baugesuchen zu haben, wenn Zweifel bestehen, dass diese mit den Zielen der Planentwicklung vereinbar sind. Da die konkreten Planungsziele erst im Laufe der kommenden Monate ausgearbeitet werden sollen, sind im Aufstellungsbeschluss diese zunächst grob als Fortführung der bestehenden Nutzung zu umschreiben, wobei auf mögliche Bestimmung von Nutzungsänderungen im weiteren Verfahren hinzuweisen ist.

1.45



**Drucksache
der
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin**

VII-0423**Antrag**

Piratenfraktion

Ursprungsdrucksachenart: Antrag,
Ursprungsinitiator: Piratenfraktion

Beratungsfolge:

24.04.2013 BVV

BVV/014/VII

Betreff: Marthashof für Alle**Die BVV möge beschließen,**

das Bezirksamt wird gebeten zu prüfen, ob das Eingangstor zum Vorhof des Marthashofes mit einer Schließanlage ausgestattet werden kann, was von außen jederzeit geöffnet werden kann. Oder das ggf. die Türklinke auch von außen jederzeit betätigt werden kann und damit der Zugang zum Hof gesichert werden kann.

Berlin, den 16.04.2013

Einreicher: Piratenfraktion

BV Jan Schrecker

Begründung siehe Rückseite

Ergebnis:

beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

EINSTIMMIG
 MEHRHEITLICH
 JA
 NEIN
 ENTHALTUNGEN

überwiesen in den Ausschuss für
zusätzlich in den Ausschuss für
und in den Ausschuss für

Stadtentwicklung und Grünanlagen

federführend

Begründung:

In dem letzten Protokoll der Spielplatzkommission wurde berichtet, dass die Zugangssituation zum Marthashof immer noch schwierig ist, da die Anwohner die Zugangstüren zum Vorhof verschließen. Durch die im Antrag genannte Variante, könnte ein Zugang gewährleistet werden.

1.48



**Drucksache
der
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin**

VII-0424**Antrag**

BV Jan Schrecker, Piratenfraktion, sowie BV Cornelius Bechtler, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen für Jan Drewitz, Stefan Werner, Antje Henning

Ursprungsdrucksachenart: Antrag,
Ursprungsinitiator: BV Jan Schrecker, Piratenfraktion,
sowie BV Cornelius Bechtler, Fraktion Bündnis 90/ Die
Grünen für Jan Drewitz, Stefan Werner, Antje Henning

Beratungsfolge:

24.04.2013 BVV

BVV/014/VII

Betreff: Umlegbare Poller am Anfang der Grüntaler Straße nahe dem "Nassen Dreieck"

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich dafür einzusetzen, dass am Anfang der Grüntaler Straße an der Grenze zum Bezirk Mitte, etwa auf Höhe der letzten Straßenbeleuchtung (Verkehrsschild: „Autodurchfahrt verboten / nur Fahrraddurchfahrt erlaubt“) kurz vor der Unterführung unter der S-Bahn, umlegbare Poller (Klapppoller) errichtet werden.

Des weiteren sollen Verhandlungen mit der Bahn aufgenommen werden, um die zeitnahe Wiedereröffnung des dort gelegenen Durchgangs zur Grünfläche „Nasses Dreieck“ zu erreichen.

Berlin, den 16.04.2013

Einreicher: BV Jan Schrecker, Piratenfraktion, sowie BV Cornelius Bechtler, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen für Jan Drewitz, Stefan Werner, Antje Henning

Begründung siehe Rückseite

Ergebnis:

beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

EINSTIMMIG
 MEHRHEITLICH
 JA
 NEIN
 ENTHALTUNGEN

überwiesen in den Ausschuss für
zusätzlich in den Ausschuss für
und in den Ausschuss für

Stadtentwicklung und Grünanlagen

federführend

Begründung:

Immer wieder kommt es auf Pankower Gebiet unter und hinter der Schienen-Unterführung zum wilden Abladen von Müll. Die Bahn hat den dort angrenzenden Durchgang zur Grünfläche „Nasses Dreieck“ über ihr Gelände unter Verweis auf illegale Müllentsorgung auch im Durchgangsbereich Mitte 2011 geschlossen. Damit ist den umliegenden Anwohnern der Zugang von Süden her vollständig versperrt. Nachdem der Bezirk bereits auf dem Fußweg zur Norwegerstraße und Dolomitenstraße umlegbare Poller errichtet hat, würden Poller an der Grenze zum Stadtteil Wedding die Zufahrt von Kraftfahrzeugen vollständig verhindern. Dies könnte dazu beitragen, die illegale Entsorgung von Müll im Bereich der Unterführung oder des zur Zeit gesperrten Durchgangs zum Nassen Dreieck deutlich zu erschweren. Umlegbare Poller würden der Bahn AG, Eigentümerin des Grundstückes zwischen den S-Bahn-Schienen, weiterhin die Zufahrt ermöglichen.

Die Errichtung der Poller ist auch im Sinne der Deutschen Bahn.

Die Errichtung von Pollern und die damit zu erwartende Reduzierung der illegalen Müllentsorgung an dieser Stelle wird dazu beitragen, dass die Deutsche Bahn AG dort wieder den Südzugang zum „Nassen Dreieck“ öffnet. Das „Nasse Dreieck“ wurde bis Mitte 2011 als Grünfläche und Joggingstrecke, aber auch als „Gründurchgang“ und wichtige Abkürzung für Fußgänger und Fahrradfahrer rege genutzt und ist von großer Bedeutung für die umliegenden Anwohner. Seit Mitte 2011 ist der Zugang im Süden durch die Deutsche Bahn mit Tor und Stacheldraht verwehrt. Die Deutsche Bahn führt an, dies sei erfolgt, weil es im Stichweg zum Nassen Dreieck immer wieder zum Abladen von wildem Müll gekommen sei.

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Stadtentwicklung und Grünanlagen am: 30.05.2013

Beginn: 19:00 Uhr

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

Bezirksverordnete	Unterschrift	Vertreter
-------------------	--------------	-----------

Bordfeld, Frederik - Piraten -

Brenn, Peter - Bü 90/Grüne -

Dedert, Lina-Mareike - SPD -

Kempe, Wolfram - Linke -

Kraatz, Mathias - Bü 90/Grüne -

Kraft, Johannes - CDU -

Mindrup, Klaus - SPD - Büro

Dr. Nelken, Michail - Linke -

Schröder, Roland - SPD -

Szidat, Mike - SPD -

Tharan, Almuth - Bü 90/Grüne -

Bürgerdeputierte	Unterschrift
------------------	--------------

Kaiser, Volker - SPD -

Thormeyer, Karen - Bü 90/Grüne -

Wittwer, Melanie - CDU -

Schöttle, Florian - Linke -

stellv. Bürgerdeputierte	Unterschrift
--------------------------	--------------

Brückner, Andreas - Bü 90/Grüne -

Goetzke, Thomas - Linke -

Müller, Jens - SPD -

BA-Mitglied	Unterschrift	Vertreter
-------------	--------------	-----------

Kirchner, Jens-Holger - Bü 90/Grüne -

Anwesenheitsliste
Ausschuss für Stadtentwicklung und Grünanlagen am: 30.05.2013

GÄSTELISTE
